

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

10.11.2022

Inhalt

EWN

1 Lubmin-Demo: Wie rechts ist Organisator Thomas Kerl? <i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 10.11.2022</i>	3
2 Energiefonds soll Bürger entlasten <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 10.11.2022</i>	5
3 560 Millionen Euro Förderung für Wasserstoff <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 10.11.2022</i>	6
4 Ein Streit mit Laufzeitverlängerung <i>DER TAGESSPIEGEL, 10.11.2022</i>	7

📰 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung | 10.11.2022 | S. 14

📄 Auflage: 10.470 | Reichweite: 31.339

👤 Katharina Degrassi

DEMO „NORD STREAM 2 REPARIEREN UND ÖFFNEN“

Lubmin-Demo: Wie rechts ist Organisator Thomas Kerl?

Am Sonnabend werden mehrere Tausend Menschen im Seebad erwartet, um für eine Reparatur und Öffnung von Nord Stream zu demonstrieren. Thomas Kerl lehnt das politische System in seiner jetzigen Form ab, wehrt sich jedoch gegen Vorwürfe, rechtsradikal zu sein.

Bereits zum dritten Mal werden am Sonnabend ab 14 Uhr Tausende Demonstranten im Kurpark Lubmin erwartet, um für die Reparatur und die Öffnung von Nord Stream 2 zu protestieren. Anschließend soll es unter dem Motto „Gemeinsam für Frieden in der Welt. Deutschland zu Gast in Lubmin“ einen Demonstrationsszug durch den Ort geben.

Bekanntes Gesicht auf diesen Demonstrationen ist der Greifswalder Thomas Kerl. Er wehrt sich gegen den Vorwurf, eine rechtsgerichtete Veranstaltung zu organisieren.

Der 52-Jährige ist ein Mann, dem niemals die Worte ausgehen. Wenn er auf der Bühne steht, braucht er kein Redemanuskript. Er ist wortgewandt, spricht ohne lange Pausen oder Ähs. Damit zieht er die Menschen in seinen Bann.

Bei beiden Demonstrationen in Lubmin stand Kerl auf der Bühne, moderierte und redete selbst. Mal rief er die Demonstranten auf, die Medien auszubuhnen oder führende Politiker, mal wollte er die Dinge in die Hand nehmen und Nord Stream 2 gemeinsam mit den Protestierenden selbst öffnen.

Job im Wahlkreisbüro für AfD-Landtagsmitglied

Kerl wurde in Brandenburg geboren und wuchs dort auf, er arbeitete viele Jahre als Autoverkäufer. Nach der Trennung von seiner langjährigen Partnerin und Mutter seiner beiden Kinder kam Kerl 2014 nach Greifswald, weil hier seine Schwester und seine Mutter leben. 2016 trat er in Greifswald in die AfD ein, kandidierte 2019 für die Bürgerschaft und arbeitete ein Jahr lang im Wahlkreisbüro des damaligen AfD-Landtagsabgeordneten Ralph Weber. Die Partei verließ er im Streit, er wurde ausgeschlossen.

Derzeit ist Thomas Kerl arbeitslos, er pflegt seine Mutter, ist gerade zum ersten Mal Opa geworden und bringt viel Zeit damit, Demonstrationen zu organisieren sowie zum geplanten LNG-Terminal (Liquefied Natural Gas) in Lubmin zu recherchieren.

Kerl betont im Gespräch mit der OZ, dass die Menschen im Osten Russland ganz anders sehen als die Menschen in den westdeutschen Bundesländern. „Wir hatten doch schon zu DDR-Zeiten Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion“, sagt er. Er behauptet: „Wir werden doch mit den ganzen Sanktionen nicht den Krieg beenden.“ Russlandfahnen gehören auf der Demonstration in Lubmin ganz selbstverständlich dazu.

Das Ende aller Wirtschaftssanktionen gegen Russland, die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit Putin für ein Kriegsende sind die Ziele der Demo. Kerl möchte außerdem verhindern, dass in Lubmin LNG angelandet wird, so wie es die Firma Regas ab Dezember plant. Er sieht darin eine immense Gefahr. „Stellen Sie sich doch mal vor, eine Boeing fliegt hier rein und in 350 Metern Entfernung lagern 74 hochradioaktive Castoren im Zwischenlager“, zeigt sich Thomas Kerl besorgt.

Gegner von zu viel Zuwanderung

Die Energiekrise ist ein vergleichsweise junges Thema. Als Thomas Kerl sich vor einigen Jahren entschloss, politisch aktiv zu werden, ging es ihm vor allem um die Migrationspolitik. Die frühere Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte während der Flüchtlingskrise 2015: „Wir schaffen das.“ Diese Politik missfiel Kerl.

„Die CDU hat sich damals nach links verbogen und ist zum zivilen Retter der Welt avanciert, während etliche Sportvereine hier vor Ort keine Zuschüsse mehr bekommen haben“, findet Kerl. „Wir können die Flüchtlingskrise der Welt nicht in Deutschland lösen“, sagt er

und fügt hinzu: „Wir sollten hilfsbereit sein, wenn Menschen aus Kriegsgebieten um ihr Leben fürchten müssen.“ Es dürfe jedoch nicht sein, dass diese Menschen dauerhaft hier bleiben.

Rechts oder gar rechtsextrem möchte er wegen dieser Einstellung jedoch nicht genannt werden. „Straußrechts“ ist ein Begriff, der ihm gefällt. Franz-Josef Strauß (1915-1988) sieht Kerl als politisches Vorbild. Der CSU-Politiker war über viele Jahre Bundesminister in verschiedenen Positionen und zuletzt bayrischer Ministerpräsident.

Wie ordnen andere Thomas Kerl ein? Zu seiner früheren Partei, der AfD, hat der Greifswalder Politikwissenschaftler Marcel Lewandowsky eine klare Meinung: Er bezeichnet sie als rechtsradikale Partei. „Radikal bedeutet, dass die AfD das, was in der liberalen Verfassung möglich ist, nicht nur bis zum Letzten ausreizt, sondern bestimmten Elementen der Verfassung sogar widerspricht, so wie etwa dem gesellschaftspolitischen Pluralismus“, erklärt Lewandowsky im OZ-Interview. Rechts sei eine Einstellung immer dann, wenn sie bestimmte Bevölkerungsgruppen ausschließe, so wie beispielsweise andere Kulturen, religiöse Ausrichtungen und eine geschlechtliche Orientierung.

Zu Politikwissenschaftlern und ihrer Unabhängigkeit hat Kerl eine klare Meinung: „Diese Forscher sind Teil des Systems und werden vom System finanziert. Deswegen werden sie immer so forschen, wie das System es erwartet.“ Damit stellt er die im Grundgesetz garantierte Freiheit der Wissenschaft (Artikel 5) in Frage.

Gregor Kochhan, Sprecher des Bündnisses „Greifs-

wald für alle“, ordnet Thomas Kerl als rechts ein. Auch deswegen, weil dieser beispielsweise während der ersten Lubmin-Demonstration auf der Bühne sagte: „Wir werden dieses System besiegen.“ Außerdem kritisiert Kochhan das Facebook-Profil von Thomas Kerl, auf dem er deutliche Sympathien mit dem AfD-Rechtsaußen Björn Höcke zeigt. Der Thüringer Politiker ist klar rechtsextrem und darf nach richterlichem Urteil Faschist genannt werden.

Kerl lud Kalbitz als Redner auf Lubmin-Demo ein

Kerl lud zudem Andreas Kalbitz als Redner auf die Bühne in Lubmin ein. Kalbitz ist Mitglied des Landtages in Brandenburg, war früher Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag. Die Partei versucht Kalbitz wegen seiner rechtsextremen Gesinnung seit 2020 dauerhaft aus der AfD auszuschließen. Offiziell geht es darum, dass er seine frühere Mitgliedschaft bei den Republikanern verschwiegen haben soll.

Unter anderem hat Kalbitz im Jahr 2007 an einem Pfingstcamp der Heimattreuen Deutschen Jugend teilgenommen. Die Organisation wurde 2009 als Jugendverband mit nationalsozialistischer Ideologie verboten. Thomas Kerl findet diese Kontakte von Kalbitz nicht problematisch, auch nicht dessen Mitgliedschaft in der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen, die ebenfalls als rechtsextrem gilt und vom Verfassungsschutz beobachtet wird.

Zitat-Text:

„Die AfD ist rechtsradikal. Sie widerspricht bestimmten Elementen der liberalen Verfassung.“ - Marcel Lewandowsky, Politikwissenschaftler

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 10.11.2022 | S. 10

 Auflage: 28.617 | Reichweite: 70.189

 Frank Pubantz

GAS, STROM, ÖL, PELLETS, BRIKETTS

Energiefonds soll Bürger entlasten

Landesregierung richtet Hilfsprogramm für 1,1 Milliarden Euro ein

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) hat am Mittwoch im Landtag 1,1 Milliarden Euro aufgerufen - und damit Forderungen von AfD und CDU in den Schatten gestellt. „Energiefonds“ nennt Schwesig ein neues Konstrukt, über das die Landesregierung Bürger, Unternehmen oder Vereine unterstützen möchte. Enthalten sind 600 Millionen des Bundes; 500 will das Land beisteuern, davon 345 Millionen aus höheren Steuereinnahmen.

Zur Wahrheit gehört auch: In den 1,1 Milliarden ist weit mehr als Energiehilfe, so auch 168 Millionen für die Umsetzung von Wasserstoffprojekten - oder aber Geld zur Sicherung der Häfen. Gedacht ist an die Absicherung von Stadtwerken, Kliniken, Schulen, Hochschulen, Kulturträgern oder sozialen Beratungsstellen. Ein Härtefallfonds solle auf 100 Millionen Euro erhöht werden, um Notlagen entgegenzuwirken.

Schwesig preist erneut das Verhandlungsergebnis zur Energiepreisbremse mit Bund und Ländern. Im Dezember übernimmt der Bund den Gasabschlag für alle Haushalte, ab März soll ein Kostendeckel greifen: Für 80 Prozent des früheren Verbrauchs sollen Bürger und kleinere Unternehmen maximal 12 Cent je Kilowattstunde zahlen, darüber den jeweiligen Marktpreis. Bei der Industrie liege der Deckel für 70 Prozent des Verbrauchs bei 7 Cent. Ziel sei es, den Gaspreisdeckel rückwirkend zu Februar scharfzuschalten. Beim Strom soll ein Deckel ab Januar greifen: für 80 Prozent des Grundverbrauchs maximal 40 Cent - für Private und kleine Unternehmen.

Die Einsparung für eine vierköpfige Familie liege damit für Strom und Gas bei gut 2100 Euro im Jahr. „Wir lassen die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land in

der Energiekrise nicht im Stich“, so Schwesig. Sie weist auch auf die ab 2023 geplante Ausweitung des Wohngeldes hin. Die Zahl der berechtigten Haushalte erhöhe sich in MV von 21 000 auf rund 60 000. Gerade viele Geringverdiener profitierten.

Für den Energiefonds von 1,1 Milliarden Euro muss der Landtag noch in diesem Jahr einen Nachtrag zum Haushalt beschließen. Das kritisieren Teile der Opposition. Von „Geheimtöpfen“ spricht Nikolaus Kramer (AfD). Am Ende müsse alles der Steuerzahler zahlen. Die CDU kritisiert, dass der Landtag wieder vor vollendete Tatsachen gestellt werde. Man lehne den Fonds ab, „wenn ein Sondervermögen geschaffen werden sollte, in das nach Belieben reingelangt wird“, so Franz-Robert Liskow.

FDP und Grüne stimmten für einen Antrag der rot-roten Koalition im Landtag, um den Energiefonds zu etablieren. Kosten für Verbraucher sollen auch für Öl, Holzpellets, Propangas und Briketts gedeckelt werden. René Domke (FDP) warnte jedoch vor einem Bürokratiemonster zur steuerlichen Abrechnung der Energiehilfen.

Zoff am Rande: SPD-Fraktionschef Julian Barlen kritisiert einen früheren Vorwurf der CDU, Schwesig könnte nach der Einigung der Ministerpräsidentin auf die Gaspreisbremse nicht die Wahrheit gesagt haben. Da ging es um den Start in Februar oder März. Der CDU gehe es nur um Inszenierung, so Barlen, denn sie sei mit allen Informationen im Boot gewesen. „Das ist wirklich ein Tiefpunkt.“ Daniel Peters konterte für die CDU: Kritiker an Rot-Rot sollten gebrandmarkt werden. „Diese Strategie ist in totalitären Regimen angewendet worden.“ Protest, Buhrufe.

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 10.11.2022 | S. 9

📄 Auflage: 28.617 | Reichweite: 70.189

👤 Frank Pubantz

ERNEUERBARE ENERGIEN

560 Millionen Euro Förderung für Wasserstoff

Von Apex bis Rostocker Hafen: Laut Schweriner Wirtschaftsministerium sollen fünf Vorhaben für Herstellung und Transport von Wasserstoff massive finanzielle Unterstützung von Bund und Land erhalten.

MV wird Wasserstoff-Land - so heißt es seit Jahren aus der Landesregierung in der Energiewende. Jetzt meldet Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) einen wichtigen Vollzug: Fördermittel von Bund und Land für fünf Projekte zur Herstellung von Wasserstoff seien sicher.


Knapp 560 Millionen Euro werden laut Ministerium an fünf Antragsteller verteilt. Der Rostocker Hafen erhält knapp 218 Millionen (Gesamtinvestition: 262 Millionen). Geplant ist die Herstellung von Wasserstoff aus Strom, bis zu 1000 Jobs sollen entstehen. Die Firma Apex will in Laage Wasserstoff herstellen - Investition: 196 Millionen Euro. Laut Ministerium sind 167 Millionen Euro Förderung drin.

Das Energieunternehmen Enertrag könne mit 69 von 86 Millionen Euro Förderung planen. Es beabsichtige den Bau eines Elektrolyseurs und einer Wasserstoff-tankstelle in Güstrow. Schließlich sollen 105 Millionen Euro (Investition:) an die Firma Ontras gehen. Dabei gehe es um eine neue Pipeline für Wasserstofftransport von Glasewitz bei Güstrow bis nach Sachsen. Ferner soll eine Gasleitung zwischen Rostock und Glasewitz umgebaut werden.

„Das ist der Aufbruch in die Wasserstoffwirtschaft in MV. Echte Zukunftsinvestitionen“, sagt Minister Meyer. Der Bund trage jeweils 70, das Land 30 Prozent der Fördersumme.

 DER TAGESSPIEGEL | 10.11.2022 | S. 4

 Auflage: 100.969 | Reichweite: 369.591

 Felix Hackenbruch, Georg Ismar

Ein Streit mit Laufzeitverlängerung

Kontroverse im Bundestag über Änderung des Atomgesetzes. Experten drängen auf Gas-Fracking

Berlin - Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) spricht gegen ihre Überzeugungen. Es wäre ihr lieber, wenn man nicht noch einmal das Atomgesetz ändere, sagt die Ministerin am Mittwoch im Bundestag. „Atomenergie ist und bleibt gefährlich“, sagt Lemke und verweist auf die Kämpfe um die Atomkraftwerke in der Ukraine und die technischen Probleme in Frankreich. „Atomkraft ist nicht die Zukunft, sondern die Vergangenheit“, sagt Lemke zum Ende ihrer Rede und wirbt dann für Zustimmung für ihren Gesetzentwurf – und damit einen temporären Weiterbetrieb der verbliebenen drei Atomkraftwerke. Begründung: „Atomkraft kann jetzt einen Beitrag dazu liefern, besser über den anstehenden Winter zu kommen.“

Lange hatten Lemke und die Grünen das geleugnet und sich mit aller Kraft gegen einen AKW-Streckbetrieb gestemmt. Man habe keine Stromkrise, hatten Wirtschaftsminister Robert Habeck und Lemke über Monate betont. Nach einem zweiten Stresstest im Sommer hatten die beiden sich lediglich für eine sogenannte Einsatzreserve der beiden süddeutschen Meiler offen gezeigt. Doch wegen anhaltendem Streit mit der FDP, die den Kauf neuer Brennelemente und einen deutlich längeren Weiterbetrieb forderte, brauchte es am Ende das Machtwort von Bundeskanzler Olaf Scholz. Bis zum 15. April sollen alle drei Atomkraftwerke nun doch weiterlaufen und damit über den eigentlichen Atomausstieg zum Jahreswechsel hinaus. Den Kauf von neuen Brennelementen lehnt die Ampel ab. Am Mittwoch wurde das Gesetz in erster Lesung ins Parlament eingebracht.

Die Opposition kritisiert den Deal in der Debatte scharf: „Mit ihrer Politik verspielen Sie das Vertrauen der Bürger“, sagt Anja Weisgerber (CSU). „Wir brauchen einen Weiterbetrieb bis mindestens Ende 2024 und natürlich einen Kauf neuer Brennelemente.“ Sie kritisiert, die Ministerien von Habeck und Lemke hätten einen Weiterbetrieb nicht ergebnisoffen geprüft. So seien Klimaschutz-Aspekte und Auswirkungen auf den Strompreis nicht untersucht worden.

Tatsächlich legen Medienberichte nahe, dass im Wirtschafts- und Umweltministerium kritische Stimmen ausgeblendet wurden. Zuletzt hatte das Haus von Habeck eingeräumt, dass allein durch den Streckbetrieb bis Mitte April rund 1,4 Millionen Tonnen CO₂ eingespart würden. Bei Volllast und neuen Brennstäben rechnet die Union mit jährlichen Einsparungen von 70 Millionen Tonnen – einem Zehntel der deutschen Emissionen.

„Eine Entschuldigung wäre angebracht“, sagte Weisgerber und verwies auf Untersuchungen, wonach der Strompreis um bis zu 13 Cent pro Kilowattstunde sinken könnte durch den Weiterbetrieb. Dem widersprach Jakob Blankenburg, SPD-Abgeordneter aus dem Wendland. „Atomenergie ist teuer“, sagte er und verwies auf die ungeklärte Endlagersuche. „Allein die Zwischen- und Endlagerung von Atommüll verschlingt mehr als eine Milliarde Euro jedes Jahr.“

Ob die Atom-Debatte am Freitag mit der Schlussabstimmung wirklich ein Ende findet, ist fraglich. Union und AfD wollen gegen den Gesetzentwurf stimmen und auch bei den Liberalen bleiben kritische Stimmen. „Nach diesem Winter kommt garantiert wieder ein Winter“, sagte FDP-Vize-Fraktionschefin Carina Konrad. Der Energiekrieg von Russlands Präsident Wladimir Putin gegen Europa sei ein Stresstest, auch für die Ampel. „Wir werden auch weiter miteinander streiten“, kündigte Konrad an. Der energiepolitische Sprecher der FDP, Michael Kruse, forderte vor dem endgültigen Atomausstieg erneute Stresstests.

Neben der Atom-Debatte gibt es ein weiteres, für die Grünen unangenehmes Streitthema: Fracking in Deutschland. Auch hier ist es die FDP, die seit Wochen den Druck erhöht. In einer sehr deutlichen Stellungnahme drängen nun auch die Wissenschaftler der Deutschen Geologischen Gesellschaft – Geologische Vereinigung e.V. (DGGV), die Förderung von heimischem Erdgas mit Fracking „umgehend auszubauen“. Denn bei der Nutzung des vor allem aus Nordamerika eingeführten Fracking-Gases würden al-

lein zur Verflüssigung bis zu 20 Prozent der transportierten Energie benötigt, weshalb das importierte Flüssiggas im Vergleich zu heimischem Erdgas einen weit höheren CO₂-Fußabdruck habe. Heimisches Erdgas könnte bereits sechs Monate nach der Bohrung gefördert werden, betonen die Wissenschaftler. Die Bundesregierung solle daher ernsthaft das Gutachten der Expertenkommission diskutieren, „das Fracking-Moratorium aufzuheben und die Förderung von neuen Erdgasquellen in Deutschland so schnell es geht zu ermöglichen“.

Der Vorsitzende der DGGV, Martin Meschede von der Universität Greifswald, betont im Gespräch mit dem Tagesspiegel: „Wir müssen jetzt wirklich mal ernsthaft über dieses Thema reden.“ Das sei weit klimafreundlicher, als die anderen Importmethoden und das Potenzial gerade in Niedersachsen groß. Dort stemmt sich aber die rot-grüne Landesregierung gegen einen neuen Anlauf für das Gasfracking. Meschede ärgert die vielen Falschinformationen in der Debatte: „Da wird

mit viel Unwissen und wirklich fehlerhaften Argumenten herumdiskutiert.“

Die Verfahren hätten sich weiterentwickelt und könnten umweltfreundlich betrieben werden. Es werde zum Aufbrechen des Gesteins in bis zu 4000 Metern Tiefe ein Wasser-Gemisch in den Boden gepresst. Der eingesetzte Zusatz sei „chemisch überhaupt nicht bedenklich, nicht toxisch“, betont Meschede. Das Wasser werde in eine Art Gel verwandelt, damit es sich nicht gleich wieder verflüchtigt. Im Übrigen würden auch die durch die Bohrung an die Erdoberfläche strömenden Flüssigkeiten aufgefangen und fachgerecht entsorgt. Meschede hat noch einen anderen Punkt, der für eine Förderung in Deutschland sprechen würde. Nach den Importdaten werde auch russisches Gas über andere Länder als LNG-Gas nach Deutschland eingeführt.

Im Zwiespalt. Umweltministerin Steffi Lemke (Grüne) nennt Atomkraft gefährlich – und wirbt für den zeitweisen Weiterbetrieb von drei AKWs.